



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Gemeinsamer Antrag Gündogdu, Benizar / Kizil, Mehmet / Wacker, Dennis / Sass, Markus / Wiest, Isabel / Volt-Fraktion / GRÜNE-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 22-1718 Datum: 26.04.2026
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

NEU Dringlichkeitsantrag der SPD-Abgeordneten Benizar Gündogdu, Mehmet Kizil, Dennis Wacker, Markus Sass, VOLT-Fraktion und GRÜNE-Fraktion betr.: Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Winsener Straße / Trelder Weg / Freudenthalweg, "Vision Zero" - wichtiger denn je!"

Sachverhalt:

Im Bereich der Winsener Straße zwischen dem Trelder Weg und dem Freudenthalweg besteht eine erhebliche Gefährdungslage für alle Verkehrsteilnehmende.

Am 15.04.2026 kam es im unmittelbaren Umfeld zu einem schweren Verkehrsunfall, bei dem ein Kind tödlich verletzt wurde. Dieser Vorfall verdeutlicht eindrücklich, dass die bestehende Situation nicht nur ein abstraktes Risiko darstellt, sondern konkrete und schwerwiegende Folgen haben kann.

Der betroffene Straßenabschnitt ist durch einen stark frequentierten Schul- und Betreuungsstandort geprägt. In unmittelbarer Nähe befinden sich die Lessing-Stadtteilschule sowie das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, die zusammen von deutlich über 2.000 Schülerinnen und Schülern besucht werden. Ergänzt wird dieser Standort durch die Kita Schneverdinger Weg, sodass sich hier täglich Kinder und Jugendliche unterschiedlichster Altersgruppen im Straßenraum bewegen.

Ein erheblicher Teil der Schülerinnen und Schüler erreicht die Schulen mit dem öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere im Bereich der Haltestelle Freudenthalweg kommt es daher in den Morgenstunden sowie am Nachmittag zu einem hohen Aufkommen an querenden Schülerinnen und Schülern, die die Straße auf dem Weg zu den Schulgeländen am Hanhoopsfeld überqueren.

Die örtliche Verkehrssituation ist vom fließenden Verkehr geprägt und wird diesem besonderen Nutzungsdruck bislang nicht ausreichend gerecht. Die Kombination aus ho-

hem Verkehrsaufkommen, querenden Schülerinnen und Schülern sowie der Nutzung durch jüngere Kinder führt regelmäßig zu unübersichtlichen und gefährlichen Situationen.

Eine solche Tragödie hat nie eine einzelne Ursache. Sie ist immer das Ergebnis einer Verkettung von verschiedenen Faktoren. Im Moment wissen wir zu wenig darüber, warum der LKW-Fahrer das Kind nicht gesehen hat, um ein Urteil fällen zu können.

Die Einmündung, an der der Unfall geschah, ist nach den aktuell gültigen Normen gebaut und galt demnach als „sicher“. Viele Kreuzungen in der Stadt sind unübersichtlicher und in einem schlechteren baulichen Zustand.

Die „Vision Zero“ ist das verkehrspolitische Leitbild eines sicheren öffentlichen Verkehrs, bei dem keine Menschen mehr durch Verkehrsunfälle sterben. Die Bezirksversammlung Harburg hat bereits zahlreiche Anträge für mehr Verkehrssicherheit beschlossen. Oft geht es darum, den Kfz-Verkehr zu verlangsamen, denn langsamerer Verkehr produziert weniger und vor allem weniger schwerwiegende Unfälle. Aber auch die Übersichtlichkeit von Kreuzungen, die Ermöglichung von sicheren Fahrbahnübergängen für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmende, klare Beschilderungen und Signalisierungen gehören dazu. Auch Forderungen nach Abbiegeassistenten für LKWs und zusätzliche sicherheitsrelevante Inhalte in der Führerscheinausbildung gehören zu den Instrumenten, die „Vision Zero“ umzusetzen.

Obwohl mittlerweile die Verkehrssicherheit zu einem gleichberechtigten Ziel in das Straßenverkehrsgesetz aufgenommen wurde, ist der Kampf für mehr Sicherheit im Straßenverkehr weiterhin ein zähes Ringen. Insbesondere die Straßenverkehrsbehörden tun sich weiterhin schwer mit „Beschränkungen des fließenden Verkehrs“.

Ein immer größerer Teil der schweren Verkehrsunfälle betrifft Radfahrende und zu Fuß Gehende. Während Autofahrende dank zahlreicher Sicherheitsvorkehrungen immer seltener bei Verkehrsunfällen getötet werden, steigen die Zahlen bei den ungeschützten Teilnehmenden des Straßenverkehrs. Im Jahr 2025 waren 11 von 21 Verkehrstoten in Hamburg Radfahrende, hinzu kommen noch 3 Fußgänger*innen.

Im konkreten Fall sollen eine ganze Reihe von möglichen Verbesserungen geprüft werden. Insbesondere eine Aufpflasterung der Fahrbahn, sodass die Kfz, die aus der Nebenstraße kommen, eine deutliche Schwelle haben, wenn sie den Geh- und Radweg überqueren wollen, erscheint auf Basis der bisherigen Erkenntnisse zum Unfallhergang geeignet, künftige Wiederholungen zu verhindern. Schneller und mit weniger Aufwand umsetzbar ist die Einfärbung von Radwegefurten über Nebenstraßen. Außerdem soll geprüft werden, ob eine Ampel an dieser Stelle sinnvoll ist, denn im jetzigen Zustand spähen die Kfz-Fahrenden schon in der Anfahrt nach der ersten Lücke im fließenden Verkehr der Winsener Straße und vernachlässigen dabei den Blick auf den Fuß- und Radverkehr.

Die Erkenntnisse dieser Prüfungen sollen auch auf weitere Einmündungen und Kreuzungen angewendet werden, um ähnlich gelagerte Unfälle künftig verhindern zu können.

Petition/Beschlussvorschlag:

1. Die Bezirksversammlung bittet die Straßenverkehrsbehörde nach Abschluss der Ermittlungen um die Darstellung des Unfallhergangs am 15.4.26 an der Einmündung

Freudenthalweg / Winsener Straße im Ausschuss für Mobilität und Inneres und die daraus gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Steigerung der Verkehrssicherheit.

2. Die Bezirksversammlung bittet die Straßenverkehrsbehörde um Prüfung,
 - a. ob an der genannten Einmündung die eine Signalisierung (Ampel) anordnungsfähig ist,
 - b. ob im Bereich auf der Winsener Straße zwischen dem Trelder Weg und etwa 30 Meter nach dem Freudenthalweg eine temporäre (bspw. von 6-19 Uhr) streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angeordnet werden kann,
 - c. ob die Aufstellung von Verkehrszeichen mit dem Hinweis „Achtung Kinder“ bzw. „Achtung Schüler“ anordnungsfähig ist.
3. Die Verwaltung des Bezirksamtes wird gebeten, sukzessive die Radwegefurten im Bezirksstraßennetz und in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) auch im Harburger Teil des Hauptverkehrsstraßennetzes rot einzufärben und zu prüfen, ob eine Aufpflasterung von Geh- und Radwegefurten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erfolgen kann.
4. Die Bezirksversammlung empfiehlt der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende, zur Umsetzung der „Vision Zero“ in Hamburg den Bezirksämtern und dem LSBG zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um Einmündungen und Kreuzungen so umbauen zu können, dass Geh- und Radwegefurten in der Regel aufgepflastert werden können oder eine andere Form der baulichen Abbremsung von auf- und abbiegenden Kfz erfolgt.
5. Über die Ergebnisse der Prüfungen (inkl. finanziellen und zeitlichen Abschätzungen) ist im Ausschuss für Mobilität und Inneres zu berichten.